

Stephan Walter

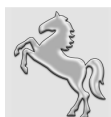
Extremismus und politische Gewalt

**Herausforderungen und Perspektiven
für eine wehrhafte Demokratie**

39

Rechtspolitik in der Diskussion

LACDJ
Landesarbeitskreis
Christlich-Demokratischer Juristen



CDU

1. Auflage

Redaktion dieses Heftes:
Rechtsanwalt Lothar C. Rilinger, Hannover

Herausgegeben von der CDU in Niedersachsen
XII/2010

Dr. Stephan Walter

Ministerialrat im Nds. Ministerium für Inneres und Sport

Extremismus und politische Gewalt

Herausforderungen und Perspektiven für eine wehrhafte Demokratie

Dokumentation einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in
Kooperation mit dem LACDJ in Niedersachsen am 15. September 2010
in Hannover

Inhalt:

I. Editorial von Lothar C. Rilinger	Seite 5
II. Dr. Stephan Walter „Extremismus und politische Gewalt.“....	Seite 7
III. Autor.....	Seite 26

I. Editorial

Politischer Extremismus ist immer in einer Gesellschaft virulent. Ob er auf einer quasi-religiösen oder auf einer politischen Idee fußt - in jedem Falle gehen Extremisten davon aus, dass ihre Idee die Absolutheit beanspruchen kann. Und aus diesem Absolutheitsanspruch heraus werden alle anderen Gedanken und Entwürfe, die ihren eigenen entgegenstehen, verworfen. Um aber die eigenen Vorstellungen auch durchsetzen zu können, ist der Weg zur Anwendung von Gewalt nicht mehr weit. Dieses Prinzip der Gewalt ist allerdings von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil sich gesellschaftliche und staatliche Entwicklungen dauerhaft nur auf dem Prinzip der Legitimität vollziehen können. Doch dieses Prinzip wird bedenkenlos angewandt, weil der eigene Absolutheitsglaube dieses für notwendig und unerlässlich hält, um die eigenen Vorstellungen, die als allgemeingültig aufgefasst werden und damit gleichsam als der Allgemeine Wille, durchsetzen zu können.

Das Phänomen des Extremismus zeigt sich als Rechts- und als Linksextremismus und auch als islamischer - oder ins Negative gewendet - als islamistischer Extremismus.

Die kleinste Äußerung des Rechtsextremismus wird breit erörtert, der Linksextremismus wird - so scheint es - zuweilen als gegeben hingenommen, zumal dann, wenn Autos brennen, und der islamistische ist gerade für Flugreisende unangenehm spürbar, wenn sie abgetastet werden oder sogar auf Strümpfen die Metalldetektoren passieren müssen.

Wie den verschiedenen Varianten des Extremismus seitens der Niedersächsischen Landesregierung nachgespürt wird und wie diese versucht, diesem Auswuchs der Gesellschaft Herr zu werden - darüber hat sich der Leiter der Niedersächsischen Extremismus-Informations-Stelle im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Ministerialrat Dr. Stephan Walter, zu Wort gemeldet. Mit seinen Äußerungen wollen wir uns in die Debatte um die Eindämmung des politischen Extremismus einschalten. Seinen Vortrag, den er im Rahmen einer Aussprache gehalten hat, die von der Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen in Niedersachsen am 15.09.2010 durchgeführt worden ist, dokumentieren wir in dieser Ausgabe unserer Schriftenreihe.

L. C. Rilinger

II. Dr. Stephan Walter **„Extremismus und politische Gewalt“**

Im vergangenen Jahr wurde die Bundesrepublik Deutschland 60 Jahre alt. Auch wenn bei uns das Wort „Krise“ Hochkonjunktur hat, so kann man, wie ich finde, doch von einer „geglückten Demokratie“ sprechen.

Wir leben in einer stabilen Demokratie, weil sie von den Bürgern getragen wird.

Wahr ist jedoch auch: Die freiheitliche Gesellschaft ist immer wieder Gefährdungen durch ihre Feinde ausgesetzt.

Es war niemand Geringeres als die frühere sozialdemokratische Bundestagspräsidentin Annemarie Renger, die kurz vor ihrem Tod im Jahr 2008 festhielt:

„Antidemokratische Bestrebungen sind nicht mit den beiden Diktaturen in Europa untergegangen. Sie leben fort und treten uns Demokraten heute und sicher auch weiterhin, oftmals getarnt oder schleichend und dann wieder in unverschämter Offenheit gegenüber, gleich, ob in Gestalt des aktuellen Links- und Rechtsextremismus oder als politischer und krimineller Islamismus. Kluger und kenntnisreicher Kampf gegen den Extremismus ist daher heute wie vor achtzig Jahren eine der großen Überlebensfragen der im demokratischen Verfassungsstaat garantierten Freiheit.“

Es ist gleichsam die Verpflichtung dieser großen alten Dame der deutschen Politik an alle Demokraten:

Die Bekämpfung des Extremismus aus allen Richtungen und in allen Erscheinungsformen.

Wir haben es in Deutschland im Wesentlichen mit drei extremistischen Erscheinungsformen zu tun. Dem Rechts- und Linksextremismus sowie dem Islamismus.

Auf den ersten Blick sind dies drei sehr unterschiedliche Phänomene.

Dem Rechtsextremismus als einer Ideologie der radikalen Ungleichheit steht der Linksextremismus als Ideologie der übersteigerten Gleichheit gegenüber.

Setzen Rechtsextremisten auf Volk und Nation, favorisieren Linksextremisten Internationalismus und Klassenkampf.

Beide unterscheiden sich wiederum fundamental vom religiös motivierten Islamismus. Es besteht mithin der Eindruck, dass sich die Extremismen unversöhnlich gegenüberstehen. Doch es lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen, wie sie für den modernen politischen Extremismus typisch sind:

- Extremisten verfügen über ein geschlossenes Weltbild, das weder reflektiert noch fortentwickelt wird. In ihrem quasireligiösen Politikverständnis glauben sie, unfehlbar im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein.
- Aus diesem Absolutheitsanspruch heraus entwickeln sie in Freund-Feind-Raster. Es teilt die Welt holzschnittartig in Gut und Böse ein. „Feinde“ sind kompromisslos zu bekämpfen.
- Nicht der Einzelne, sondern die Gemeinschaft steht im Mittelpunkt. Individuelle Freiheitsrechte werden den Interessen des Kollektivs untergeordnet.
- Es gilt das Primat der Ideologie, die mit Politik gleichgesetzt wird. Aus diesem Verständnis von Politik als einer alle Lebensbereiche regelnden Weltanschauung lehnen Extremisten den demokratischen Pluralismus ab.
- Zu demokratischen Prinzipien wie Meinungs-, Presse- und Parteienvielfalt haben sie lediglich ein taktisches Verhältnis.
- Ihr gemeinsames Ziel ist die Überwindung der bestehenden, von Individualrechten geprägten Ordnung.

Dahinter stehen bei vielen extremistischen Anhängern zumeist Sehnsüchte nach Sicherheit, nach Überschaubarkeit und Eindeutigkeit, kurz: nach einer heilen Welt, in der der Mensch nicht länger vereinzelt, sondern als Teil des Ganzen geborgen ist.

Aus dieser Perspektive ist der Extremismus eine zum Teil mit messianischen Eifer vertretene Reaktion auf die Komplexität moderner westlicher Gesellschaften.

In diesem Weltbild wird die Gegenwart als desolat empfunden oder diffamiert, um die extremistische Alternative unter Leitung eines

„Führers“, einer „Partei“ oder eines „Wächterrates“ als einzigen Ausweg erscheinen zu lassen.

Wer sich dagegen stellt, hat aus der Sicht der Extremisten keinen Anspruch auf Toleranz, sondern muss notfalls auch mit Gewalt bekämpft werden.

Insbesondere junge Menschen sind für extremistische Deutungsangebote, Aktionsformen und Organisationsweisen empfänglich. Deshalb muss sich unsere Präventionsarbeit auch besonders an sie richten.

Mit Vorträgen, Ausstellungen, aber auch mit Fibeln, Planspielen und sogar Comic-Heften versuchen wir, junge Menschen altersgerecht über die Gefahren des Extremismus aufzuklären und für die Demokratie zu werben.

Dazu hat Minister Schünemann vor einem Jahr die Niedersächsische Extremismus-Informations-Stelle eingerichtet, die sich mit dem schönen Namen NEIS abkürzen lässt und deren Leiter ich bin.

NEIS will über die Strategien und Erscheinungsformen des Extremismus informieren. Denn wir glauben, dass man ihm nur dann wirkungsvoll begegnen kann, wenn man weiß, mit wem man es zu tun hat.

Bevor ich auf den Rechts- und Linksextremismus eingehe, einige Schlaglichter zum Islamismus. Wie Extremisten von links und rechts lehnen auch Islamisten die freiheitliche demokratische Grundordnung ab. Sie unterscheiden sich allerdings deutlich in ihren ideologischen Vorgaben vom säkularen Extremismus.

Islamisten streben im Kern eine Gesellschaftsordnung nach Maßgabe des islamischen Rechtssystems der Scharia an. Damit wäre eine rechtliche Ungleichheit der Bürger nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit festgeschrieben.

Gewaltorientierter Islamismus

Im besonderen Fokus unserer Sicherheitsbehörden stehen solche islamistische Gruppen, die mit terroristischer Gewalt ihre Ziele durchsetzen wollen.

Von diesen sog. Jihadisten („Glaubenskriegern“) geht unverändert die größte Gefahr für die innere Sicherheit aus. Das ist die

übereinstimmende Auffassung der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern.

Wir müssen uns immer wieder klar machen: Deutschland und auch Niedersachsen sind keine Inseln. Als Teil der westlichen Wertegemeinschaft, Verbündeter der USA und aktiver NATO-Staat in Afghanistan stehen wir verschärft im Feindraster militanter Islamisten.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang beispielhaft

- an die versuchten Kofferbomben-Anschläge auf den öffentlichen Personenverkehr im Juli 2006;
- an die im Sept. 2007 zerschlagene Sauerland-Terrorzelle mit Bezügen nach Niedersachsen;
- an die explizit gegen Deutschland gerichteten Drohbotschaften militanter Islamisten im Umfeld der Bundestagswahl 2009.

Es besteht die Gefahr, dass fanatisierte Einzelpersonen und Kleinstgruppen durch die Drohbotschaften zu Anschlägen motiviert werden.

Derzeit liegen uns zwar keine Hinweise auf konkret geplante Anschläge vor. Aber es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Unverändert muss jederzeit mit Anschlägen gegen deutsche Interessen und Einrichtungen im Ausland und auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland selbst gerechnet werden.

Wir wissen, dass Dutzende Personen aus Deutschland in terroristischen Ausbildungslagern im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gewesen sind. Sie haben sich dort einer Ausbildung für den bewaffneten Jihad unterzogen.

Einer von ihnen war Eric Breininger. Ein Konvertit. Er war seit 2007 im bewaffneten Kampf. Vor ein paar Monaten wurde er in einem Gefecht mit pakistanischen Soldaten getötet.

Islamistische Terrorgruppen am Hindukusch haben ihn gezielt als „mediales Markenzeichen“ eines „deutschen Jihad“ aufgebaut.

Kurze Zeit nach Breiningers Tod erschien im Internet eine angeblich von ihm verfasste Autobiografie. Bei dieser Abhandlung handelt es sich in

erster Linie um eine Missionsschrift, einen Spendenaufruf und einen Aufruf zur Teilnahme am militanten Jihad.

Durch die persönliche Ansprache kann diese Schrift eine große potentielle Wirkung entfalten und zur Radikalisierung im deutschsprachigen Raum beitragen.

Teilweise kehren die Absolventen terroristischer Ausbildungslager als „Attentäter auf Abruf“ nach Europa zurück, so wie im Fall der Sauerland-Terrorzelle. Ihre Mitglieder wurden im März zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Der Kreis der hochgradig gewaltbereiten Islamisten lässt sich in Deutschland auf einige Hundert Personen eingrenzen

Diese Größenordnung zeigt, wie falsch und vermessen es ist, wenn Muslime unter Generalverdacht gestellt werden.

Ebenso falsch ist es aber, die Bedrohung durch militante Islamisten klein zu reden. Denn die Jihadisten zielen auf möglichst viele Opfer und Maximalschäden.

Die „Sauerlandgruppe“ hatte den Tod von mindestens 150 Menschen geplant.

Die westliche Zivilisation soll als schwach und verwundbar vorgeführt werden. Das unterscheidet den islamistischen vom „konventionellen“ Terrorismus etwa linksgerichteter Gruppen wie der RAF, die vor allem führende Repräsentanten des „Systems“ ins Visier nahmen.

Wir müssen wachsam sein. Wir müssen uns auf einen lang andauernden Anti-Terror-Kampf einstellen.

Ich halte im Übrigen gar nichts davon, wenn immer wieder ein Gegensatz zwischen Sicherheitspolitik und dem Schutz der Freiheits- und Bürgerrechte konstruiert wird.

Die Freiheit der Bürger ist nicht denkbar ohne Sicherheit. Sicherheit ist die Voraussetzung der Freiheit.

Deshalb haben wir die operative Schlagkraft unserer Sicherheitsbehörden in der Terrorismusbekämpfung durch vielfältige Maßnahmen gestärkt.

Wir haben u. a.

- das Personal von Polizei und Verfassungsschutz aufgestockt,
- ein Gemeinsames Informations- und Analysezentrum von Polizei und Verfassungsschutz (GIAZ) eingerichtet
- und uns erfolgreich für die Realisierung der Anti-Terrordatei im Bund eingesetzt.

Von großer Bedeutung ist, dass wir mit unseren operativen und technischen Fähigkeiten mithalten können.

Potenzielle islamistische Gewalttäter nutzen extensiv moderne Informationstechnologien und sie verlagern Radikalisierung, Rekrutierung und Ausbildung Immer mehr in die virtuelle Welt.

Islamistischer Extremismus ohne Gewalt

In der öffentlichen Wahrnehmung steht Islamismus zumeist für al-Qaida und den Terror finsterer Gotteskrieger. Die Jihadisten sind jedoch – rein zahlenmäßig - eine Minderheit in der islamistischen Szene.

Die meisten Islamisten hierzulande setzen keine Gewalt bei der Durchsetzung ihrer Ziele ein.

Der Verfassungsschutz versteht sich als Frühwarnsystem einer wehrhaften Demokratie. Das heißt: Er beobachtet nicht erst dann, wenn eine politische Bestrebung gewalttätig ist, sondern bereits dann, wenn Anhaltspunkte für Verfassungsfeindlichkeit vorliegen.

Daher verdient auch der nicht-gewaltorientierte Islamismus unser Augenmerk. Denn auch er steht für Ziele, die mit Kernprinzipien unserer Verfassungsordnung nicht vereinbar sind, z. B. eine rechtliche Diskriminierung nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit.

In Deutschland umfasst das islamistische Anhängerpotenzial schätzungsweise 36.270 Personen (Stand 2009). Wie gesagt, nur ein Bruchteil davon wird als gewaltorientiert eingestuft. Mit allein rd. 29.000 Personen ist die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) die mit Abstand größte islamistische Gruppierung.

Im Ergebnis ist demnach eine Minderheit von noch nicht einmal 1% der schätzungsweise 4 Mio. Muslime in Deutschland dem islamistischen Extremismus zuzurechnen.

Trotzdem müssen wir die Entwicklung sorgsam beobachten, denn:

- Das islamistische Personenpotenzial in Deutschland wächst seit Jahren kontinuierlich.
(2007: 33.170; 2008: 34.720; 2009: 36.270)
- Durch Moschee- und Kulturvereine, aber auch Zeitschriften und elektronische Medien ist der Einflussradius islamistischer Gruppen deutlich höher, als die ermittelten Anhängerzahlen widerspiegeln. Organisationen wie z. B. Milli Görüs schaffen es, bei Großveranstaltungen Tausende von Zuhörern zu mobilisieren, darunter viele junge Muslime.
- Und über all dort, wo sich islamistische Einflüsse verfestigen, wächst die Gefahr von Parallelgesellschaften, die sich politisch, kulturell und religiös abschotten.

Besondere Sorgen bereitet uns der Salafismus. Sein Ziel ist ein rigider „Gottesstaat“, wie er in der Frühzeit des Islam herrschte.

Demokratie gilt Salafisten als eine „falsche Religion“.

Die salafistische Ideologie entfaltet ihre Breitenwirkung vor allem durch das Internet. Dort ist sie durch eine Vielzahl von deutschsprachigen Webseiten sowie durch zahlreiche Videos, z.B. im Internetportal YouTube, präsent.

Salafistische Prediger wissen sich öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen. Sie üben eine beträchtliche Anziehungskraft auf Konvertiten und muslimische Migranten der zweiten und dritten Generation aus.

Der Salafismus gewinnt auch bei uns in Niedersachsen an Einfluss. In Braunschweig hat er ein Islamschule. Sie wurde 2007 von einem Verein gegründet, der sich „Einladung zum Paradies“ bezeichnet.

Dieser Verein will nunmehr nach Mönchengladbach umziehen. Dort gibt es deshalb viel Unruhe in der Bevölkerung. Wir beobachten die Entwicklung sehr genau. Denn die Zentren dieses Vereins sind Knotenpunkte in einem salafistischen Netzwerk, das sich immer mehr ausbreitet.

Der Leiter der Islamschule, Muhamed Ciftci, bietet ein Online-Studium an, mit dem er bereits mehr als 200 Personen erreicht. Zu den Freitagsgebeten und den Veranstaltungen vor Ort kommen oft mehrere hundert Menschen. Darin wird der Islam in einer sehr orthodoxen Form gelehrt und die Scharia propagiert.

Das bedeutet: Theokratie statt Demokratie, Diskriminierung von Frauen und Andersgläubigen. Und es gibt die Aussage von Ciftci, dass die Tötung von Glaubensabtrünnigen islamisch zulässig sei.

Ich halte fest: Die fließenden Übergänge zu Gewalt legitimierenden Ansätzen, die stark wachsende Infrastruktur, die Breitenwirkung über Internet und charismatische Prediger, die Anziehungskraft für junge, oftmals sinnsuchende Muslime, das alles macht den Salafismus zu einer besonderen Herausforderung für die Sicherheitsbehörden.

Es wäre jedoch falsch, Extremismusabwehr nur auf die Sicherheitsbehörden zu delegieren. Eine wehrhafte Demokratie muss sich der islamistischen Herausforderung auf allen Ebenen stellen. Integrationspolitik muss zum Ziel haben, gleichberechtigte Chancen zur Teilhabe zu eröffnen und von vornherein Abschottung zu vermeiden.

Das erreicht man nicht, wenn man die Menschen in genetisch Dumme und Kluge einteilt. Mit verbalen Fußtritten erschwert man die Integration, fördert Abschottung und Radikalisierung.

Nur indem wir die Muslime ernst nehmen, ihre Religion nicht unter Generalverdacht stellen, beugen wir Gettoisierung vor und verhindern Parallelgesellschaften.

Es liegt aber auch im vitalen Interesse der muslimischen Gemeinden selbst, Extremisten und Gewalttäter zu identifizieren und mit den Sicherheitsbehörden zusammenzuarbeiten.

Wenn der Koran dazu missbraucht wird, Feindschaft gegen Juden und Christen zu propagieren, die Unterdrückung von Frauen zu legitimieren, die Verfolgung von Glaubensabtrünnigen gut zu heißen oder die Demokratie verächtlich zu machen, dann müssen friedliche Muslime sich klar davon abgrenzen. Nur so können wir den Anfängen wehren und Fanatiker isolieren.

Der militante Islamismus steht verständlicherweise im besonderen Fokus unserer Sicherheitsbehörden.

Das bedeutet natürlich nicht, dass wir den Rechts- und den Linksextremismus aus den Augen verlieren. Rechtsextremistische Bestrebungen registriert unsere Gesellschaft zumeist mit besonderer Sensibilität.

2009 verzeichneten wir rund 18.000 rechtsextremistisch motivierte Straftaten in ganz Deutschland, allein mehr als 13.000 davon sind so genannte Propagandadelikte, mehr als 800 Gewalttaten.

Die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten ist mit rund 9.000 seit Jahren einigermaßen konstant. Es gibt also keinen Grund zur Entwarnung.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus beginnt in den Köpfen.

Es gibt in Niedersachsen zahlreiche Initiativen, die sich gegen den Rechtsextremismus engagieren. Das ist ein großartiges Zeichen für bürgerschaftliches Engagement in unserer Demokratie. Ich warne aber vor einem oberflächlichen „Gutmenschen-Antifaschismus“.

Dazu gehört beispielsweise der reflexhafte Ruf nach einem erneuten NPD-Verbotsverfahren. Die NPD würde sich ins Fäustchen lachen, wenn ein Verbandsantrag, wie bereits 2003 geschehen, abermals scheitern würde. Die hohen Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht für ein Parteiverbotsverfahren aufgestellt hat, können nicht ignoriert werden. Dabei sind insbesondere die Risiken eines Abzugs von V-Leuten des Verfassungsschutzes zu bedenken.

Aufgrund der Verflechtungen von NPD und neonazistischen Kameradschaften wäre es geradezu fahrlässig, zuverlässige Informationsquellen voraussichtlich für Jahre „abzuschalten“.

Der Verfassungsschutz ist ein Frühwarnsystem. Er muss extremistische Zusammenschlüsse möglichst lückenlos durchleuchten, um zuverlässige Gefahrenanalysen zu liefern. „Blinde Flecken“ bei der Beobachtung des Rechtsextremismus dürfen wir nicht riskieren.

Zweifellos ist die NPD ein Knotenpunkt innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Nachdem sie 1,5% bei der Bundestagswahl erhalten hat, profitiert sie auch wieder von der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung. Trotz aller Finanzprobleme und -skandale, ist die NPD die Organisation mit den meisten Geldmitteln. Allein schon dies gibt ihr besonderes Gewicht.

Es ist allerdings ein unerträglicher Zustand, dass wir große Anstrengungen machen und auch erhebliche Mittel zur Bekämpfung der NPD einsetzen, zugleich aber diese NPD zu etwa 40 % aus Steuermitteln finanzieren.

Deshalb hat Niedersachsen auf der Innenministerkonferenz im Herbst 2008 auf der Grundlage eines Rechtsgutachtens einen Vorschlag unterbreitet, wie einer verfassungsfeindlichen Partei wie der NPD die staatliche Finanzierung versagt werden kann. Das wäre ein wirksames Abwehrinstrument im Vorfeld eines Parteiverbots.

Wir müssen hierzu allerdings das Grundgesetz und das Parteiengesetz ändern. Wir würden damit einen empfindlichen Nerv in der Handlungsfähigkeit von Extremisten treffen.

Der „Ausschluss von der staatlichen Finanzierung“ wäre ein neues Instrument unterhalb des Parteienverbotes. Es wurde in der Konferenz der Innenminister verabredet, diese niedersächsische Initiative in aller Ruhe zu diskutieren. Ich hoffe, dass wir einen für alle gangbaren Weg finden, um der NPD die Mittel zu entziehen.

Es reicht nicht, nur die NPD in den Blick zu nehmen. Das Phänomen Rechtsextremismus ist vielschichtig. Das gilt gerade für neonazistische und gewaltbereite Segmente, die nicht zwangsläufig zur NPD gehören.

Hier nenne ich als erstes die Kameradschaften. Sie sind eine Reaktion auf die zahlreichen Verbote in den neunziger Jahren. Sie haben keine festen Vereinsstrukturen, die man verbieten kann und entziehen sich auf diese Weise dem behördlichen Zugriff. Die Kameradschaftsmitglieder unterstützen die NPD bei Demonstrationen und in Wahlkämpfen. Ohne diese Kooperation wäre die NPD weit weniger kampagnefähig.

Doch die Kameradschaften und die rechtsextreme Subkultur unterliegen einer eigenen Dynamik. Sie werden von der NPD nicht etwa gesteuert. Die eher losen Strukturen der Kameradschaften, oft geprägt von einer aggressiven neonazistischen Gesinnung, sind schwer zu kontrollieren.

Das gilt noch mehr für die sogenannten „autonomen Nationalisten“. Diese in jüngster Zeit in Erscheinung tretende rechtsextreme Gruppierung orientiert sich in ihren Äußerlichkeiten, in ihrem Stil und in ihrem aggressiven Gewaltverhalten deutlich an linksautonomen Vorbildern. „Autonome Nationalisten“ sind verstärkt an Links-Rechts-Konfrontationen beteiligt. Vor allem Polizeikräfte werden damit immer öfter zur Zielscheibe gewalttätiger Akteure.

Hervorheben möchte ich noch den Niedersächsischen Beauftragten für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischen Hintergrund, den wir schon 2004 beim Verfassungsschutz eingesetzt haben.

Der bei NEIS angesiedelte Immobilienbeauftragte berät die Kommunen wie auf eine Kaufabsicht durch Rechtsextremisten reagiert werden kann. Der Tod des rechtsextremistischen Rechtsanwaltes Jürgen Rieger hat die Szene gerade auf diesem Gebiet sicherlich stark geschwächt. Aber es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Rechtsextremisten sind nach wie vor am Erwerb von Immobilien interessiert, um Veranstaltungsorte zur Verfügung zu haben - auch im Bereich von unter 100.000 Euro. Deshalb sind die betroffenen Kommunen froh, bei uns einen kompetenten Ansprechpartner zu finden.

Wie steht es nun um das Phänomen Linksextremismus?

Die von Linksextremisten ausgehenden Gefahren sind nicht immer leicht zu erfassen. Während Rechtsextremisten im Kern eine Ideologie der Ungleichheit verfechten, ist es bei Linksextremisten genau umgekehrt. Sie greifen, vereinfacht gesagt, positiv besetzte Werte wie Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf und wollen den Menschen aus Abhängigkeiten befreien.

Das erschwert die inhaltliche Auseinandersetzung mit Linksextremisten. Denn es kommt darauf an, die inhumanen Konsequenzen ihres übersteigerten, vermeintlich positiven Gleichheitsbegriffs zu erkennen.

Am ehesten sind die vom Linksextremismus ausgehenden Gefahren in seinem gewaltbereiten Segment zu erkennen.

Das Potenzial ist bundesweit mit 6.600 Personen im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr angewachsen.

Zu einem ganz großen Teil handelt es sich dabei um autonome Gruppen. Sie bekämpfen in ihrem anarchistischen Verständnis jede Form von Hierarchie und staatlichen Strukturen. Der Rechtsstaat, seine Institutionen und die Soziale Marktwirtschaft – aus linksextremer Sicht „das kapitalistische Herrschaftssystem“ – sind ideologisch verbrämte Angriffsziele.

Zu welcher Gewalt Linksautonome fähig sind, haben die Krawalle während des G8-Gipfels in Heiligendamm im Sommer 2007 auf drastische Weise gezeigt. Im kleineren Maßstab haben wir Ähnliches anlässlich der Schülerproteste in Hannover im November 2008 erlebt. Auch dort haben sich linksautonome Störer unter friedliche Demonstranten gemischt und unter dem Deckmantel des Versammlungsrechts versucht, den Landtag zu stürmen.

Diese Taktik, friedliche Demonstranten als „Schutzschild“ zu missbrauchen, hat in linksautonomen Kreisen Methode. Auffallend sind die Zuwächse im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – links: Hier ist für 2009 in Niedersachsen ein Anstieg der Straftaten von 715 im Vorjahr auf 823 zu verzeichnen. Bei der Anzahl der Gewaltdelikte gibt es einen deutlichen Anstieg von 101 auf 161 Fälle. Vor allem politische Großereignisse werden zum Anlass für linksextremistische Aktivitäten gewählt. Hinzu kommt die militante Bekämpfung der Kernkraft, wie wir sie in Niedersachsen immer wieder anlässlich der Castor-Transporte erleben.

Daneben ist das Straftatenaufkommen bei Auseinandersetzungen mit der rechten Szene anhaltend hoch.

Im letzten Dezember kam es in Hamburg dabei zu einem Überfall von Autonomen auf eine Polizeiwache. Es hätte Tote geben können, heißt es im Polizeibericht.

In Göttingen gab es Anfang 2010 einen Anschlag auf das Kreishaus. Auch hier war es reines Glück, dass niemand verletzt wurde.

Seit dem Niedergang der RAF haben wir es – glücklicherweise – nicht mehr mit gefestigten linksterroristischen Gruppen zu tun, die Anschläge bis hin zu Morden begehen.

Gleichwohl gibt es in der linksautonomen Szene Akteure, die mit ihren Aktivitäten die Grenze zu terroristischem Handeln überschreiten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hält sogar die Bezeichnung „terroristisch operierende Kleingruppen“ für angebracht.

Vor allem Brandanschläge werden verübt, vornehmlich auf Autos. In Berlin und Hamburg gehen die Zahlen der angesteckten Autos in die Hunderte.

Auch in Niedersachsen gibt es solche Delikte. Sich selbst als „Antimilitaristen“ bezeichnende Linksautonome haben vor allem in Göttingen und Lüneburg Brandanschläge auf Fahrzeuge von DHL, Polizei und Stadtwerken verübt.

Die Sicherheitsbehörden stehen mit Blick auf den gewaltbereiten Linksextremismus vor drei ernst zu nehmenden Herausforderungen:

- Erstens: Das Personenpotenzial und die Militanz haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Das gilt insbesondere für

Großereignisse (z. B. G8-Gipfel), aber auch Links-Rechts-Konfrontationen. Schwerpunktbereich ist nach wie vor die linksautonome Szene.

- Zweitens: Teile des rechten Spektrums, die sog. „autonomen Nationalisten“, übernehmen das szenetypische Verhalten ihrer linken Gegner. Das hat Auswirkungen auf das Aggressionspotenzial bei Links-Rechts-Konfrontationen, vor allem gegenüber den Polizeikräften.
- Und drittens: Punktuell hat die Gewaltbereitschaft in linksautonomen Kreisen die Schwelle zu terroristischen Handlungen überschritten. Hier ist besondere Aufmerksamkeit gefordert, dass keine nachhaltigen terroristischen Strukturen entstehen.

Ich warne aber vor einer einseitig repressiven Herangehensweise. Bei der politisch motivierten Kriminalität-links haben wir es im Regelfall mit Heranwachsenden, jungen Erwachsenen und Jugendlichen zu tun.

Dabei spielt sicher Protestverhalten gegen gesellschaftliche Missstände eine nicht zu unterschätzende Rolle. Hier müssen wir stärker ansetzen, um junge Menschen vor dem Abdriften zu bewahren.

Vor allem müssen wir deutlich machen, dass die Akzeptanz von Gewaltlösungen in jeder Hinsicht ein Spiel mit dem Feuer ist. Und das fängt bereits bei der Gewalt gegen Sachen an.

Wir stehen also – wie bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus – vor einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die sich an Elternhäuser, Lehrer, Bildungseinrichtungen und Medien richtet.

Gegenüber gewaltbereiten Extremisten darf es keine Toleranz geben. Wachsamkeit gegenüber Extremisten darf aber nicht erst dann beginnen, wenn sie Gewaltbereitschaft an den Tag legen. Sie muss schon vorher einsetzen.

Auch hier ist der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem gefordert. Seine Beobachtung setzt ein, wenn „tatsächliche Anhaltspunkte“ (§ 5 Abs. 1 NVSchG) für extremistische Bestrebungen vorliegen.

Deshalb sieht der Niedersächsische Verfassungsschutz auch keine Veranlassung, die Beobachtung der Partei DIE LINKE einzustellen. Denn das Gesamtbild der Partei liefert nach wie vor zahlreiche

Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung - mal offensichtlich, mal unterschwellig.

Das OVG Münster hat erst im letzten Jahr bestätigt, dass die Partei DIE LINKE Ziele verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 21. Juli 2010 diese Aussagen akzeptiert.

Es sind bei der LINKEN vor allem drei markante Bereiche, die ins Auge fallen:

- das aktive Engagement von orthodox-marxistischen Zirkeln in der Parteiorganisation auf Bundes- wie auf Landesebene (z. B. Kommunistische Plattform; Marxistisches Forum),
- eine Netzwerkpolitik, die auf linksextreme, teilweise gewaltbereite Gruppen im In- und Ausland einbezieht (z. B. Rote Hilfe; Linksautonome),
- eine mangelnde Abgrenzung in den programmatischen Kernpositionen der Partei gegenüber freiheitsfeindlichen Ansätzen (Stichwort „Unruhen zur Durchsetzung politischer Ziele / Generalstreik“).

Die Beobachtung der Partei DIE LINKE ist unerlässlich.

Denn nach wie vor verklärt sie die DDR als einen ebenso legitimen Staat wie die Bundesrepublik Deutschland. Sie weigert sich, die DDR als das zu bezeichnen, was sie war: ein Unrechtsstaat.

Die Programmatik der LINKEN zielt auf „ein anderes System“. Ihre Repräsentanten diffamieren die Bundesrepublik als undemokratisch, so wie sie die Soziale Marktwirtschaft mit einem Horror-Kapitalismus gleichsetzen, der allein schon deshalb beseitigt werden müsse, weil er angeblich notwendigerweise zum Faschismus führe.

Die Partei gibt sich nach außen den Anschein einer normalen Partei. Doch sie gibt Extremisten eine Plattform und wählt sie in ihre Vorstände, wie z. B. Sahra Wagenknecht.

In Niedersachsen sagt der Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN, Manfred Sohn: „Unser Ziel ist nicht der Sozialismus, unser Ziel ist der Kommunismus.“

Allein diese wenigen Hinweise machen deutlich, wie wichtig es ist, diese Partei auch weiterhin zu beobachten. Auch das hat das Bundesverwaltungsgericht bestätigt.

Ich habe zu Beginn davon gesprochen, dass diese Republik über sechs Jahrzehnte eine stabile Republik gewesen ist.

Das hat viel mit dem antitotalitären und antiextremistischen Gründungskonsens der Bundesrepublik zu tun.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich bin überzeugt, dass diese Republik nicht ernsthaft in ihren Grundfesten in Gefahr ist. Aber ich mache mir Sorgen, dass es über diesen Konsens in Deutschland nicht zum Besten steht.

Dieser Konsens hat viele Jahre die geistige Grundlage der Bundesrepublik Deutschland gebildet. Er fand seinen augenfälligsten Ausdruck in einem Stimmenanteil von über 90 % für die demokratischen Parteien bei den Bundestagswahlen in den 70er Jahren. Und das bei einer Wahlbeteiligung, die ebenfalls über 90 % lag.

2009 betrug der Stimmenanteil nurmehr rund 80 % und die Wahlbeteiligung kam nicht über 72 % hinaus.

Ich mache zwei Beobachtungen:

1. Positiv ist, dass der Terrorismus jeglicher Art heute bis weit ins linksintellektuelle Spektrum hinein ohne Wenn und Aber verurteilt wird. Das war nicht immer so. Die unterschweligen Sympathien, die bei einem Teil der Linksintellektuellen vor der deutschen Einheit bestanden, existieren heute nicht mehr. Die RAF wird selbst in äußerst links stehenden Kreisen abgelehnt.

2. Bei uns erfährt ein Antifaschismus eine immer größere Aufwertung, ohne dass genau geprüft wird, ob demokratische oder antidemokratische Kräfte ihn tragen. Ich bezeichne das als einen gesellschaftlichen Missstand.

Wir erleben, dass es ganz selbstverständlich ist, sich von Rechtsextremisten abzugrenzen. Auf der anderen Seite des Spektrums gilt diese Selbstverständlichkeit nicht.

Ich meine, wer glaubwürdig die liberale Demokratie verteidigen will, der darf nicht mit zweierlei Maß messen. Der muss ebenso wissen: Die Demokratie wird nicht nur durch Rechtsextremisten bedroht, sondern auch durch Linksextremisten.

Doch ich habe manchmal den Eindruck, dass manche Tabuzonen errichten, dass es die political correctness verbietet, nicht nur von Rechts-, sondern von Extremismus insgesamt und insbesondere vom Linksextremismus zu sprechen.

Die alten Reflexe funktionieren noch: Wer sagt, auch der Linksextremismus sei eine Gefahr, zieht sich schnell den Vorwurf zu, er relativiere, ja verharmlose den Rechtsextremismus.

Wer Links- und Rechtsextremismus ergebnisoffen vergleichen will, wer gar auf strukturelle Gemeinsamkeiten von Extremisten hinweist, wer die Meinung vertritt, dass es sich beides Mal um totalitäre Ideologien handelt, der läuft Gefahr, selbst in eine nahezu extremistische Ecke gedrängt zu werden, sei es als „kalter Krieger“ oder gnadenloser Vereinfacher.

Wer sich mit Extremismus befasst, der sollte sich eine gewisse Sachlichkeit wie auch Nüchternheit bewahren.

Eine Schiefelage im Umgang mit rechts- und linksextremistischen Bestrebungen tut nicht gut.

Weder nützt es, die einen durch Alarmismus zum Teil hoch-, noch die anderen durch Bagatellisierung zum Teil herunterzuspielen.

Die NPD, die einen „harten Extremismus“ (E. Jesse) vertritt, findet nur schwer einen Versammlungssaal, und Ausschreitungen von Neonazis stoßen auf große öffentliche Resonanz und Gegenwehr. Gut so.

Hingegen gibt es Überlegungen, die Partei DIE LINKE, die sich bemüht, eher smart daher zu kommen, die einen „weichen Extremismus“ verkörpert (E. Jesse), nicht mehr in die Verfassungsschutzberichte aufzunehmen.

Und interessant ist auch die Begründung, die man bisweilen hört: Es handele sich ja um eine Partei, die im Bundestag und in vielen Landtagen vertreten sei. Schlecht so.

Die Tatsache, dass eine Partei in den Parlamenten vertreten ist, kann doch nicht im Ernst ein Kriterium dafür sein, ob sie extremistisch ist oder nicht.

Ich erinnere nur daran: Auch die NPD ist in zwei Landtagen vertreten. Mein Eindruck ist: Es gibt eine klare Illiberalität gegenüber rechtsaußen in Deutschland.

Zugleich gibt es aber eine weit reichende Liberalität gegenüber linksaußen.

Es gibt schon zu denken, wenn wir in diesen Tagen einen Aufruf unter dem Titel „Castor? Schottern!“ erhalten, in dem dazu aufgefordert wird, „den Schotter aus dem Gleisbett zu entfernen, also die Gleise zu unterhöhlen und sie damit für den Atommüllzug unbefahrbar zu machen.“

Die Autoren halten es für legitim, so zu handeln, auch wenn „unsere bewusste Veränderung der Castortransportstrecke nicht vom bürgerlichen Gesetzbuch gedeckt ist.“

Vielleicht sollte man ihnen sagen, dass sie auch nicht vom Strafgesetzbuch gedeckt ist.

Dieser Aufruf ist von Vertretern extremistischer Gruppierungen unterschrieben, aber auch von einem führenden Vertreter der Gewerkschaft ver.di.

Das zeigt, was ich mit Konsensverlust meine.

Ein weiteres Beispiel:

Die Partei DIE LINKE und sogar gewaltbereite Autonome werden nicht selten beim „Kampf gegen rechts“ als legitime Bündnispartner akzeptiert.

Der Grund: „Antifaschismus“ gilt bei uns unzweifelhaft als beherzigenswerte Lehre aus der Geschichte. „Antikommunismus“ hingegen gilt als überholt, als Zeichen des Kalten Krieges und nicht als eine notwendige politische Tugend einer zivilen Gesellschaft.

Es wird leider allzu oft übersehen: Jeder Demokrat ist ein Antifaschist, doch nicht jeder Antifaschist ein Demokrat.

Ich meine: Wer dem Rechtsextremismus glaubhaft begegnen will, der darf nicht gemeinsame Sache mit denen machen, die selbst nicht unzweifelhaft auf dem Boden der freiheitlichen Demokratie stehen.

Eine Partei,

- die sich im Niedersächsischen Landtag einen Fraktionsvorsitzenden leistet, der als sein politisches Ziel den Kommunismus bezeichnet,
- die eindeutig linksextremistische Gruppierungen in ihren Reihen nicht nur toleriert, sondern auch fördert,
- die es nicht schafft, sich klar und unzweifelhaft von der Unrechtsdiktatur DDR zu distanzieren, die immer noch von einem „zweiten Anlauf zum Sozialismus“ träumt,
- die ihre unverhohlene Sympathie für die kubanische Diktatur äußert,
- die Rosa Luxemburg verklärt – eine Verfechterin der Diktatur des Proletariats,

eine solche Partei ist nicht über alle Zweifel in ihrer positiven Einstellung zum Grundgesetz erhaben und sollte, ja muss auch weiterhin vom Verfassungsschutz beobachtet werden, wenn er seinem gesetzlichen Auftrag treu bleiben will.

Der Extremismus tritt uns nicht immer nur martialisch, tumb und pöbelhaft entgegen.

Es gehört seit jeher zur Strategie von Extremisten, sich möglichst „normal“ zu geben, berechnete Anliegen der Menschen aufzugreifen und zu artikulieren, um auf diese Weise Akzeptanz zu finden, aber auch um seine wahren Absichten zu verschleiern.

Um so wichtiger ist Aufklärung. Um so wichtiger ist ein klares demokratisches Koordinatensystem, das Grundlage des antiextremistischen und antitotalitären Konsenses sein muss.

Treten wir den Feinden der Demokratie ob in „harter“ oder „smarter“ Erscheinung – entschlossen gegenüber.

Ich möchte am Schluss an den bedeutenden Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel erinnern. Er war Sozialdemokrat und führender Gewerkschafter in der Weimarer Zeit. Als Jude musste er vor dem Nazi-Terror fliehen.

Nach dem Krieg kam er zurück und erlebte mit großer Verbitterung die Intoleranz der „68er“ in Berlin.

Fraenkel schrieb mahnend: „Die pluralistische Demokratie ist ein moralisches Experiment, das jeden Tag von neuem gewagt werden muss.“

III. Autor

Dr. Stephan Walter

- 1978 - 1984 Studium der Sozial- und Politikwissenschaften, Geschichte u. Philosophie in Göttingen u. Hannover; hochschulpolitisches Engagement
- 1984 - 1987 Bundeskanzleramt, Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit des Bundeskanzlers
- 1987 - 1988 Zivildienst, Jugendamt Stadt Bonn
- 1988 - 1991 Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden, Leiter des Referats für politische Grundsatzfragen
- 1991 - 1994 Bundesministerium für Frauen und Jugend, Bonn, Leiter des Referats für Grundsatzfragen und politische Planung
- 1992 Promotion an der Philosophischen Fakultät der Uni. Köln
- 1994- 2003 Wissenschaftlicher Dienst der Fraktion der CDU im Niedersächsischen Landtag, Hannover
- 2003 - 2004 Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Referatsleiter politische Planung
- 2004 - 2008 ebd., Referatsleiter für Seniorenpolitik, Ehrenamt u. demographische Entwicklung
- seit 2008 - Niedersächsisches Ministerium für Inneres u. Sport, Referatsleiter Öffentlichkeitsarbeit, Prävention, Technik, Datenschutz in der Abt. Verfassungsschutz
- 2009 Gründung und Leitung von NEIS – Niedersächsische Extremismus-Informationsstelle

Verheiratet, drei Kinder

Veröffentlichungen u.a.:

- In unruhiger Zeit, Reden u. Aufsätze v. Angela Merkel aus drei Jahren Deutscher Einheit, 1994
- Demokratisches Denken zwischen Hegel und Marx. Die politische Philosophie Arnold Ruges, 1995
- Die Auflösung des Liberalismus in Demokratismus, in: Die Junghegelianer, 2010
- Niedersachsen geht neue Wege in der Öffentlichkeitsarbeit, in: Grumke/Pfahl-Traugher, Offener Demokratieschutz, 2010

Reihe „Rechtspolitik in der Diskussion“

- 1 Eigentumsrechtliche Fragen im Zuge der Wiedervereinigung**
Christian Wulff MdL, Dr. Wolfgang Knippel, Lothar Rilinger,
Rainer Robra, Prof. Dr. Wolfgang Frhr. v. Stetten MdB, Albrecht Wendenburg:
- 2 Integration von Ausländern und doppelte Staatsbürgerschaft“**
Christian Wulff MdL, Senator Ralf H. Borttscheller MdBB, Gabriele Erpenbeck,
Prof. Dr. Axel Frhr. v. Campenhausen, Prof. Dr. Hans-Hugo Klein, Lothar Rilinger:
- 3 Erfolg vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof – Entscheidungen ohne Wirkung?**
Bernd Busemann MdL
- 4 Steuern. 21 Thesen zur Steuerpolitik in Deutschland**
Friedrich Merz MdB
- 5 Sozialstaat 21- Sicherheit und Verantwortung**
Christian Wulff MdL
- 6 Die Einheit Deutschlands - Erfahrungen und Prognosen**
Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdL
- 7 Neuorientierung in der Strafvollzugspolitik. Kann Privatisierung nützlich sein?**
Minister Dr. Christean Wagner MdL
- 8 Gesetzliche Rentenversicherung im Umbruch
Ausgangsbedingungen, Reformversuche, Anpassungsmaßstäbe**
Dr. jur. Günther Schneider
- 9 Die Justiz als Standortfaktor in einem sich erweiternden Europa**
Minister Prof. Dr. Kurt Schelter
- 10 Thesen zur Kriminalpolitik.**
Christian Wulff MdL, Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind, Adolf Stange
- 11 Die Zukunft der EU**
Minister Prof. Dr. Kurt Schelter, Dr. Norbert Röttgen MdB
- 12 Zuwanderung Begrenzen – Integration fördern. Zwei Reden zu einer umstrittenen Frage**
Ministerpräsident Peter Müller
- 13 Die Kriminalitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nach Öffnung der Ostgrenzen und im Vorfeld der geplanten EU-Osterweiterung**
Ingmar Weitemeier, Direktor des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern
- 15 Wohin steuert die EU?**
Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
- 16 Europapolitische Aspekte nach der deutschen Bundestagswahl**
Christian Wulff MdL
- 17 Der EU- Ausschuss des Deutschen Bundestages in der 14. Wahlperiode**
Dr. Friedbert Pflüger MdB
- 18 Europa - Wunsch und Wirklichkeit**
Dr. h.c. Hans von der Groeben . Ein Gespräch mit Lothar C. Rilinger
- 19 Herausforderungen an die Innere Sicherheit 2003**
Minister Dr. Günther Beckstein MdL
- 20 Was können wir von der Justiz fordern? Gedanken über eine Strukturreform**
Ministerin Elisabeth Heister-Neumann
- 21 Aktueller Diskussionsstand zum Zuwanderungsgesetz**
Minister Uwe Schünemann MdL

Reihe „Rechtspolitik in der Diskussion“

- 22 Aufbruch oder Stillstand - Wie kommt die Wirtschaft in Deutschland wieder in Fahrt?**
Dr. Jürgen Großmann
- 23 Justizpolitik aus Thüringer Sicht**
Minister Harald Schliemann
- 24 Dr. Ernst Albrecht - Reden anlässlich seines 75. Geburtstages**
Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Vogel, Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 25 Halbzeitbilanz: Niedersachsen - solide finanziert**
Minister Hartmut Möllring MdL; Mit einem Grußwort von Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 26 Europäischer Auftrag und nationale Interessen**
Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 27 Viel erreicht - viel zu tun. Drei Jahre CDU/FDP-Regierung in Niedersachsen**
David McAllister MdL
- 28 Justizreform: Mehr Effizienz und Transparenz**
Minister Harald Schliemann, Ministerin Elisabeth Heister-Neumann, Dr. Jürgen Gehb MdB, Karl-Helge Hupka, Dr. Ulrich Scharf
- 29 Das Attentat vom 20. Juli 1944**
Ministerpräsident Christian Wulff MdL, Dr. Axel Smend
- 30 Gerechte Strafe – verantwortlicher Vollzug**
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann
- 31 Wirtschaft, Bildung und Familie. Politik auf klarem Wertefundament**
Ministerpräsident Dieter Althaus MdL
- 32 Das Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 - Der Aufstand des Gewissens und seine Wirkungsgeschichte**
Ministerpräsident Christian Wulff, MdL, Dr. Axel Smend, Prof. Dr. Johannes Tuchel, Hanno Graf v. Kielmansegg, Landesbischof Prof. Dr. Friedrich Weber, Christian Schleicher, Lothar C. Rilling
- 33 Rechts- und justizpolitische Vorstellungen für die laufende Legislaturperiode**
Justizminister Bernd Busemann MdL
- 34 Politik in der Vertrauenskrise**
Stefan Dietrich
- 35 Das Christliche in der Politik und die Integration des Islam**
Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB
- 36 Der Weg Deutschlands zur Ratifikation des Vertrags von Lissabon**
Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Chef der Nds. Staatskanzlei
- 37 Der Bologna-Prozess - wie geht es weiter?**
Justizminister Bernd Busemann MdL, Staatssekretär Dr. Josef Lange, Prof. Dr. Erich Barke, Präsident des OLG Dr. Peter Götz von Olenhusen, Justizminister a.D. Harald Schliemann
- 38 Überzeugungen prägen die Gesellschaft. Das Denken und Handeln der Männer des 20. Juli 1944 als Vorbild heute**
Ministerpräsident Christian Wulff MdL, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP

1. Auflage 2010

Diese Dokumentationen können bezogen werden von der

CDU in Niedersachsen
Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Tel.: 0511-29771-41
Fax: 0511-27991-42
e-Mail: lacdj@cdu-niedersachsen.de

Die Broschüren stehen ab Heft 11 unter www.cdu-niedersachsen.de/lacdj zum download bereit.